

**Niederschrift**  
**über die Sondersitzung des Digitalisierungsausschusses**  
**am 04.06.2019**

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause: -  
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino  
Herr Thorsten Kirstein  
Herr Carsten Krumhöfner  
Herr Simon Lange  
Herr Alexander Rüsing

SPD

Herr Sven Frischemeier  
Herr Lukas Koch  
Herr Dr. Michael Neu  
Herr Frederik Suchla  
Herr Sören Witt

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Robert Grafe  
Herr Dominic Hallau  
Herr Klaus Rees

Bielefelder Mitte

Herr Thomas Rüscher

FDP

Frau Sabine Bauckhage

Die Linke

Herr Dr. Dirk Schmitz (Vorsitzender)

Bürgernähe/Piraten

Herr Pablo Bieder

Von der Verwaltung:

Herr Böhm – Stab Dezernat 1, Projekt Digitale Modellregion  
Herr Stadtkämmerer Kaschel  
Herr Klempsmann – Stab Dezernat 1  
Herr Leifeld – Schriftführer, Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen  
Herr Meier – Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schmitz begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Einladung fest. Er weist darauf hin, dass das digitale Aufzeichnungsgerät gestartet wird.

### Zu Punkt 1

### Bewerbung um Fördergelder aus dem Fördertopf "Modellprojekt Smart Cities" des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI)

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8687/2014-2020

Herr Böhm erläutert die Vorlage. Die Stadt Bielefeld habe im März 2019 die Information bekommen, dass es die Möglichkeit gebe, Fördergelder für die Entwicklung einer Smart City-Strategie und eines Umsetzungsprojektes vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) zu bekommen. Um die Bewerbungsfrist 17. Mai 2019 einhalten zu können seien kurzfristig in einer kleinen Arbeitsgruppe mit externer Unterstützung die Unterlagen erarbeitet und fristgerecht ein Förderantrag gestellt worden. Das BMI sehe im Rahmen seiner Förderrichtlinien und seinem Förderaufruf vor, dass ergänzend ein Ratsbeschluss zu bestimmten Inhalten herbeizuführen ist. Es sei daher vorgesehen, die Vorlage nach der Beratung im Digitalisierungsausschuss am 06.06.2019 in den Sitzungen des Finanz- und Personalausschusses und des Rates der Stadt Bielefeld zu beraten und zu beschließen. Der Förderaufruf biete Möglichkeiten, für die Entwicklung einer Smart City-Strategie finanzielle Förderung zu erhalten und parallel bzw. ergänzend erste Umsetzungsprojekte auf den Weg zu bringen. Ergänzend zur Entwicklung einer Smart City-Strategie könnten die zentralen Infrastrukturkomponenten und Plattformen im Rahmen einer definierten Projektstruktur und als partizipativer Prozess auf den Weg gebracht und ausgerollt werden. Insgesamt sei es ein rundes Paket, um in einem strukturierten Prozess Smart City auf den Weg zu bringen und mit Leben zu füllen.

Herr Rüscher begrüßt, dass die Gelegenheit genutzt werde, um in Bielefeld eine Smart City-Strategie mit City-Plattform und Innovations-Lab zu bekommen. Zum Verfahren hätte er sich allerdings gewünscht und begrüßt, dass vor dem Förderantrag erst ein Beschluss gefasst worden wäre, um es noch schärfer auf den Punkt zu bringen. Die Vorlage sei inhaltlich wenig geschärft. Ihm stelle sich zudem die Frage, ob die in der Vorlage aufgeführten 10 % für Kommunen in der Haushaltsnotlage zu Recht angesetzt seien. Falls Bielefeld der Haushaltsausgleich gelänge erfolgten dann eventuell nur noch 65 % statt 90 % Förderung. Demzufolge wäre ein Eigenanteil von 35 % zu finanzieren. Hierzu möge die Verwaltung in der Sondersitzung des Finanz- und Personalausschusses am 06.06.2019 noch genauer berichten, da es thematisch dort auch hingehöre. Zu dem der Vorlage beigefügten Organigramm merkt Herr Rüscher an, dass auf der obersten Ebene der Pfeil mit der Bedeutung „kontrolliert“ den Ein-

druck erwecke, dass die Stadt Bielefeld den Rat der Stadt Bielefeld und die Stadtwerke Bielefeld den Aufsichtsrat der Stadtwerke kontrolliere. Diese Darstellung möge noch einmal geprüft werden.

Herr Böhm erwidert auf die Frage bezüglich der Höhe des Eigenanteils, dass er dies nachfragen werde, er aber davon ausgehe, dass die Fördermittel zu 90 % vom BMI bereitgestellt werden und daher ein Eigenanteil von 10 % für die Stadt Bielefeld verbleibe.

Herr Lange dankt der Verwaltung und begrüßt, dass es mit Smart City in Bielefeld endlich losgehe. Die Stadt Bielefeld habe die Entwicklung in der Digitalisierung und von Smart City jahrelang verschlafen und notwendige Projekte, Strukturen etc. noch nicht geschaffen. Man werde der heutigen Vorlage zustimmen, kritisch gesehen würde aber noch einiges an Inhalten, vor allem hinsichtlich Ziele und Strukturen, fehlen. Es sei aber ein zwingender Schritt, sich in Richtung Smart City zu entwickeln, da es moderne Technologien seien, die zu einer Stadt wie Bielefeld dazugehören. Dieser zukunftsweisende Trend Sorge für entsprechende Lebensqualität und werde ein wichtiger Standortfaktor für eine Stadt wie Bielefeld. Er erwarte, dass die Verwaltung die Fragen nach den Strukturen kurzfristig beantworte. In anderen Städten seien bereits Smart City-Ansätze, die von Bundes- und/oder Landesministerien begleitet würden, entwickelt und für die Implementierung bereit. Herr Lange fragt daher, inwieweit die Stadt Bielefeld diese best practice Beispiele vor Ort umzusetzen gedenke. Die Verwaltung möge über den aktuellen Stand regelmäßig im Digitalisierungsausschuss berichten, damit die Politik informiert sei und entsprechende Ergänzungen machen könne. Die Vorlage werde als erster Aufschlag verstanden, ein erster Baustein von vielen Bausteinen, die dringend zu tätigen seien.

Herr Frischemeier sieht in der Vorlage ein sehr gutes Fundament, auf deren Basis weitergearbeitet werden könne und dankt der Verwaltung, dass es bei der Umsetzung des Förderantrags so schnell ginge. In der Kürze der Zeit sei es eine sportliche Aufgabe gewesen und eine gute Arbeit geleistet worden, um dieses Projekt zu konstruieren und die Förderung zu beantragen. Dies sei eher zu loben, anstatt kritisch herauszustellen, dass die Politik nicht vorher informiert wurde. Es sei gut und tue auch der Stadt gut, bei dem Thema voran zu kommen und ein solides Fundament zu bekommen, auf dem aufgebaut und die Services in diesem Bereich verbessert werden können. Daher werde man dem auch zustimmen.

Herr Bieder dankt ebenfalls der Verwaltung für diese Arbeit. Der Paprika-Koalition fehlten aber Inhalte zum Datenschutz und zur Datensicherheit, da Smart City zwar eine wunderbare Sache sei, aber auch Themen zu sensiblen Daten umfasse. Vor allem interessiere, inwiefern diese wichtigen Bereiche für das Konzept Smart City in dem gesamten Verlauf berücksichtigt würden. Auch sei es wichtig und wünschenswert Bürger, Wissenschaft, Wirtschaft oder vielleicht auch Digitalcourage mit deren großem Fachwissen einzubinden. Es sei Aufgabe und Verantwortung der Stadt dafür Sorge zu tragen, dass a) so wenig Daten wie möglich in irgendeiner Weise verwendet werden und b) diese nicht in falsche Hände geraten.

Herr Böhm betont, dass jeder eingeladen sei, sich an diesem Prozess zu

beteiligen und dass dies selbstverständlich auch für Digitalcourage gelte. Alle seien aufgerufen mitzumachen und es sei auch zwingend erforderlich, um einen breiten Konsens zu erreichen und die notwendige Zustimmung zu bekommen. Die Vorlage stelle ein Fundament oder einen ersten Aufschlag dar, wie man solch einen Prozess gestalten könne. Er sei überzeugt, dass es nur erfolgreich sein kann, wenn die gesamte Stadt dahinterstehe und das Ganze unterstütze. Datenschutz und Datensicherheit seien Aspekte, die bei der gesamten Themenvielfalt immer mitzuschwingen. Bei der Stadt Bielefeld und den Stadtwerken Bielefeld gebe es Datenschutz- und Datensicherheitsbeauftragte, bei Einzelthemen möglicherweise weitere Instanzen, die einzubinden seien. Grundsätzlich seien gerade für eine Stadtverwaltung, wenn sie sich an die Spitze einer solchen Bewegung setze, Datenschutz und Datensicherheit Themen, die besetzt werden müssten. Neben den gesetzlichen Regelungen obliegt auch aus dieser Rolle und Funktion heraus in allen Zusammenhängen eine besondere Verantwortung.

Frau Bauckhage betont, es sei ein sehr gutes Projekt und ein sehr gut ausgearbeitetes Konzept. Es stelle sich aber auch die Frage, welche Akteure bei der Projektauswahl und Projektdurchführung eine Rolle spielen werden.

Herr Rüsing stellt grundsätzlich fest, dass die Verwaltung zwar jetzt den Anstoß mache, dass die Strukturen aber noch gar nicht geschaffen seien. Zwar sei man jetzt froh, solch einen Antrag über mehr als 10 Mio. € zu stellen. Aber gerade bei solch einer Summe sei auch in der Verwaltung und in der Politik das Verständnis notwendig, was das eigentlich für eine Stadt heiße. Verwaltung und Politik hätten noch hohen Nachholbedarf, dieses Thema inhaltlich so aufzuarbeiten, um künftig in der Lage zu sein, solche Anträge stellen zu können. Der Antrag werde jetzt von einer Unternehmensberatung erstellt und da könne man auch fragen, ob nicht eine Verwaltung auch selbst in der Lage sein müsste, so einen Antrag zu formulieren und selbst zu stellen. Und das dann auch mit so viel Vorlauf, dass auch die Politik mitentscheiden könne, in welche Richtung es gehen könne. Hier sei ein Schnellschuss gemacht worden anstatt sich zuvor Gedanken zu machen, wie eine Stadt Bielefeld im Bereich Digitales aufgestellt sein solle und welche Strukturen es brauche, um zukünftig an solchen Ausschreibungen teilnehmen zu können. Es sollte jetzt ein Weckruf erfolgen, sich als Verwaltung und als Politik inhaltlich Gedanken zu machen, wie man sich digital aufstellen wolle. Andere Städte wie Gütersloh oder Paderborn hätten sich längst auf den Weg gemacht. Dies habe auch die Paprika-Koalition verschlafen, die seit 2014 regiere und keine Strukturen aufgebaut hätte. Die Stadt, die Verwaltung und auch die Politik hätten Nachholbedarf und er sei gespannt auf die nächsten Jahre.

Herr Kaschel weist darauf hin, dass die Stadt Bielefeld durchaus bereits in einigen Themengebieten gut aufgestellt sei und auch durch die Erfahrungen aus der digitalen Modellregion OWL auf einem guten Weg sei. Dass das Verfahren zur Antragstellung etwas unglücklich verlaufen sei bedaure er, aber das Programm Seitens des BMI sei leider nicht so ausgelegt gewesen. Da bereits schon einiges vorgearbeitet gewesen sei, insbesondere zur City Plattform, zum Innovations-Lab und Überlegungen zur Digitalisierungsstrategie Smart City, und unter dem großen Zeitdruck habe sich die Stadt Bielefeld kurzfristig zu dieser Vorgehensweise entschieden. Es biete sich hier die Chance, mit einer guten Förderung in

einem überschaubaren Zeitraum dieses überaus wichtige Themenfeld Smart City strukturiert zu erarbeiten. Eine vorab Beteiligung der Politik wäre wünschenswert gewesen. Dies werde jetzt, dem Verfahren geschuldet, nachgeholt und bei einer Ablehnung durch den Rat der Stadt Bielefeld sei ein Zurücktreten vom Förderantrag noch jederzeit möglich.

Herr Kaschel würdigt die in den letzten Wochen geleistete Arbeit der Arbeitsgruppe, die unter einem hohen Zeitdruck stand. Die ungewöhnliche Kooperation mit Vertretern aus dem Dezernat von Herrn Moss und seinem Dezernat sowie auch Vertretern der Stadtwerke Bielefeld sei auch ein Signal hinsichtlich künftiger Strukturen. Eine externe Unterstützung sei gerade in der Kürze der Zeit notwendig und hilfreich gewesen, auch hinsichtlich des Know-Hows bezüglich des Umgangs mit dem Ministerium. Hinsichtlich Datenschutz und Datensicherheit sei die Stadt in der Verantwortung und der Garant, dass diese sensiblen Felder im gesamten Prozess bei der Gestaltung von Smart City beachtet werden. Bei anderen, dritten Playern wäre dies wesentlich erschwert.

Herr Rees dankt Herrn Kaschel für die klarstellenden Worte und ergänzt, der Förderantrag sei ein guter Auftakt, um nach vorne zu kommen. Die Förderkriterien des BMI seien zu akzeptieren und es sei daher gut, dass hier die Verwaltung aufgepasst und schnell reagiert habe. Es sei zwar immer besser, wenn die Politik zuerst entscheiden könne und man sich dann erst auf den Weg mache, aber dies sei hier nicht möglich gewesen. Herr Rees berichtet, dass eine Vertretung der Koalition in Paderborn gewesen sei, um einen Blick über den Tellerrand werfen zu können. Man habe sich sehr lange und intensiv den dortigen Stand erläutern lassen. Dies habe auch die Darstellung der Einbindung in die Strukturen der Verwaltung umfasst. Vieles davon sei auch bereits in Bielefeld zu erkennen. Es gäbe dort bereits laufende Formate, wie z.B. Dialoge mit der Stadtbevölkerung, die geeignet seien, die Stadtgesellschaft mitzunehmen und einiges davon sei auch in Bielefeld angedacht. Es sei wünschenswert, dass mit dem Datenschatz der am Smart City Projekt Beteiligten Stadtwerke Bielefeld, Mobil und Stadt Bielefeld so umgegangen werde, dass es die Stadt voranbringe und nicht in erster Linie Dritte davon partizipieren lasse. Es gelte Dinge zu entwickeln, die in Sachen Mobilitätswende und Klimawende nach vorne bringen. Dies sei ein guter Ansatz, der unterstützt werde.

Hinsichtlich der von Herrn Böhm vorgetragenen Erwartung einer 10 %igen Beteiligung der Stadt wünsche sich Herr Rees weitere Informationen in der kommenden Sitzung des Finanz- und Personalausschusses. Es sei in der Mittelfristplanung für die nächsten 6 Jahre, im Haushalt und in der Haushaltsplanberatung sicherlich noch möglich, dass dies noch nachgesteuert werden könne. Zum erwähnten Digitalisierungsbüro gehe er davon aus, dass dieses jetzt eingeführt werde, um das Projekt zu begleiten. Es müsse nach der Projektphase geprüft und evaluiert werden, ob sich dieses Digitalisierungsbüro bewährt habe und ob und in welcher Form dieses weitergeführt werden solle. Zunächst solle noch keine Vorentscheidung getroffen werden sondern das Digitalisierungsbüro als Teil der Struktur des Projektes verstanden werden.

Herr Rüscher weist darauf hin, dass er nicht kritisiere, am Förderverfahren teilzunehmen. Er hätte sich das Verfahren nur gern anders herum vorgestellt. Er habe noch eine Zusatzfrage, ob in dem Budget und zu leistenden Eigenanteil Einrichtung und Personal des Digitalisierungsbüros enthalten sei.

Herr Böhm beantwortet die Frage von Herr Rüscher dahingehend, dass der Förderaufruf des BMI Fördergelder für den Know-How Aufbau und die Personalentwicklung vorsehe. Dies sein wesentlicher Kern dieses Förderaufwurfes. Genau damit solle das Digitalisierungsbüro aufgebaut werden mit dem Ziel, dass es in diesem Projekt die operative Ebene begleite und im Rahmen eines Projektmanagements steuere und entwickle.

Herr Rüscher bittet die Verwaltung, in der kommenden Sitzung des Finanz- und Personalausschusses darauf noch einmal näher einzugehen.

Herr Dr. Schmitz beendet die Diskussion und ruft zur Abstimmung durch Handzeichen auf. Der Digitalisierungsausschuss fasst darauf hin folgenden

**Beschluss:**

**Der Digitalisierungsausschuss und der Finanz- und Personalausschuss empfehlen dem Rat, die Bewerbung der Stadt Bielefeld um Fördergelder aus dem Fördertopf „Modellprojekt Smart Cities“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Ergänzend beschließt der Rat gem. den Vorgaben des BMI für die Bewilligung von Fördergeldern:**

1. **Im Rahmen des Modellprojekts Smart City Bielefeld werden die Themen Stadtentwicklung und Digitalisierung gemeinsam mit der örtlichen Öffentlichkeit in einem partizipativen Verfahren diskutiert und gestaltet. Daraus abgeleitet und umgesetzt wird ein strategischer Ansatz im Sinne der Smart City Charta der nationalen Dialogplattform Smart Cities.**
2. **„Smart City“ wird in Bielefeld nicht bloß als sektorales Projekt verstanden, sondern die räumlichen und gesellschaftlichen Wirkungen der Digitalisierung werden fachübergreifend betrachtet. Dabei wird die zu entwickelnde Strategie, orientiert an den vorhandenen örtlichen Strukturen, auf das gesamte Stadtgebiet Bielefeld bezogen.**
3. **Die Bereitstellung des geplanten Eigenanteils in Höhe von 977.200 € wird gem. der im Finanzierungsplan (Anlage 3) dargestellten Verteilung während der Projektlaufzeit bis 2026 zugesichert.**

**Die Stadt Bielefeld erklärt ihre Bereitschaft zum modellhaften/beispielhaften Lernen für und mit anderen Kommunen.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2**

**Digitalisierung; Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse in Bezug auf das Projektbüro für die Digitale Modellregion OWL**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7999/2014-2020

Ohne weitere Aussprache fasst der Digitalisierungsausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen und der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:**

**Die Stadt Bielefeld schließt mit den Städten Delbrück und Paderborn und dem Kreis Paderborn den in der Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag.**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Vertrag mit den Kooperationspartnern abzuschließen.**

- einstimmig beschlossen -

---

Bielefeld, den 17.06.2019

---

Dr. Dirk Schmitz  
(Vorsitzender)

---

Dieter Leifeld  
(Schriftführer)